Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1911

62 (16.3.1911) 1. Blatt

Visual Library

№ 62. 1. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch, den 16. März 1911. 49. Jahrgang.

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

Wahlaussichten.

Der nationalliberale Abg. Dr. Paasche hat am Vorabend der Gießener Reichstagsersatzwahl erklärt, daß diese Wahl eine Art Vorspiel für die allgemeinen Neuwahlen bedeute. Wenn dies Wort zutreffend ist, würden die Neuwahlen den totalen Zusammenbruch der Nationalliberalen zeitigen und die freisinnige Volkspartei nur soweit emporkommen lassen, daß sie den Ausschlag für die Sozialdemokratie geben kann. Gießen konnte eine solche Probe aber nicht abgeben, da nicht alle Parteien an dem Kampf beteiligt waren; nur so viel steht fest, daß die Nationalliberalen aus diesem Kreise endgültig ausscheiden. Diese Niederlage schmerzt sehr nach dem halben Sieg im bayerischen Allgäu, wo das Zentrum ein seit Jahren unsicheres Mandat verloren hat, dafür aber den festen Kern seiner Wähler um so geschlossener hielt. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo Immenstadt trotz des Mandatsverlustes zu den Hochburgen des Zentrums gerechnet wird, da die Jugend dem Zentrum angehört und nur die aussterbende Generation teilweise liberal wählt. So wachsen die Aussichten des Zentrums von Wahl zu Wahl, diesmal haben eine Reihe widriger Umstände dazu beigetragen, daß das Zentrum unterlag, ja unterliegen mußte; man gab sich in unterrichteten Kreisen nie einem Zweifel darüber hin. Neben dem Zufallssieg im Allgäu wirkt die Niederlage im Hessischen doppelt schwer.

Das Zentrum hat in allen Nachwahlen seit seiner politischen Wahlhochkonjunktur von 1907 gut abgeschnitten und namentlich das weit mehr gefährdete Mülheim-Wipperfürth tapfer gehalten; auch seine Wähler im Allgäu blieben ihm bis zum letzten Mann treu. Die gesamte politische Entwicklung sorgt dafür, daß keine Steine am Zentrumsturme abbröckeln; ein Blick auf die vielen kirchenpolitischen Debatten in den Parlamenten beweist der Zentrumswählerschaft täglich aufs neue die Notwendigkeit der alten großen Partei. Die liberale Presse besorgt dann das weitere und leistet dem Zentrum gute Dienste. Das bevorstehende 40jährige Jubiläum der Zentrumsfraktion des Reichstages (21. März) wird aufs neue bekunden, daß der Zentrumsturm auf solidem Fundament ruht, daß ihn keine rollende Mark und kein Flugblattmeer erschüttern kann. Das Zentrum hat durch jahrelange intensive Agitation und Aufklärung vorgebeugt, so daß erschütternde Niederlagen so gut wie ausgeschlossen sind, so lange es einig bleibt, und die Einigkeit zu fördern, ist die wichtigste Aufgabe der Partei. So lange aber das Zentrum mit 100—110 Mandaten vorhanden ist, die Polen mit 20 Sitzen (die Anwendung der Enteignung würde gerade jetzt Selbstmord für die bestehende Wirtschaftspolitik sein), solange ist es ausgeschlossen, daß der Wahlblock von Bassermann bis Bebel — dieser ist vorhanden — zu einer parlamentarischen Mehrheit auswächst. Bei Ersatzwahlen kann es leicht vorkommen, daß die Liberalen die Sozialdemokraten, letztere die Liberalen unterstützen; aber bei allgemeinen Neuwahlen ist doch die Situation eine wesentlich andere; da kommt der Trieb der politischen Selbsterhaltung mehr in den Vordergrund, als die Rache gegen den schwarz-blauen Block. Wenn es dann heißt: „Leistungen gegen Leistungen" und der kalte Rechenstift die Stichwahlabkommen zum guten Teil mitentscheidet, wird das Bild sich ändern. Es sei denn, daß der Liberalismus seine Morgenröte nach dem Untergange im „roten Meer" erwartet.

Ungeschickte Stichwahlen zu vermeiden, wird eine Hauptaufgabe jener Parteien sein, welche eine ruhige stete Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse erstreben. Die Stimmen zu messen und zählen, hatte 1907 hohe Bedeutung für viele Parteien; 1911 ist die Situation anders. Es ist von Anfang an die endgültige Zusammensetzung des Reichstages im Auge zu behalten.

In der „Köln. Volkszeitung" Nr. 218 rechnet ein genauer Kenner aus, wie es mit den Zentrumsmandaten stehen würde, wenn die Zentrumswähler überall so bei der Stange bleiben, wie in Immenstadt-Lindau, was ja durchaus anzunehmen ist. Er kommt zu folgendem Resultat:

„Bleibt dem Zentrum nämlich die Stimmenzahl von 1907 erhalten, dann fallen vorweg alle Wahlkreise schon im ersten Wahlgange dem Zentrum zu, in denen es bei den letzten Wahlen 50 und mehr Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten auf seine Kandidaten vereinigen konnte. Dieser Kreise gibt es unter den Zentrumssitzen aber nicht weniger als 66. Zwischen 50 und 60 Prozent weisen folgende Kreise auf: 1. Allenstein, 2. Frankenstein, 3. Leobschütz, 4. Neustadt O.-S., 5. Recklinghausen, 6. Montabaur, 7. Fulda, 8. Siegkreis-Waldbröl, 9. M.-Gladbach, 10. Neuwied, 11. Koblenz, 12. Aachen, 13. Aichach, 14. Ingolstadt, 15. Wasserburg, 16. Traunstein, 17. Landshut, 18. Amberg, 19. Neuenburg v. Wald, 20. Neustadt a. Waldn., 21. Bamberg, 22. Eichstätt, 23. Aschaffenburg, 24. Lohr, 25. Neustadt a. S., 26. Donauwörth, 27. Dillingen, 28. Kaufbeuren, 29. Blaubeuren, 30. Rastatt, 31. Delmenhorst, 32. Schlettstadt und 33. Saargemünd. 60 bis 70 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für das Zentrum in folgenden 16 Wahlkreisen: 1. Falkenberg, 2. Neisse, 3. Heiligenstadt, 4. Meppen, 5. Tecklenburg, 6. Münster, 7. Bonn, 8. Kempten, 9. Neuß, 10. Wittlich, 11. Trier, 12. Sigmaringen, 13. Kelheim, 14. Neumarkt, 15. Ravensburg und 16. Tauberbischofsheim. Zwischen 70 und 80 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten erhielt das Zentrum in 14 Kreisen: 1. Braunsberg-Heilsberg, 2. Lüdinghausen, 3. Warburg-Höxter, 4. Arnsberg, 5. Lippstadt, 6. Bergheim-Euskirchen, 7. Cleve, 8. Mayen, 9. Adenau, 10. Merzig-Saarlouis, 11. Malmedy, 12. Eupen-Aachen-Land, 13. Düren-Jülich und 14. Biberach. Endlich brachte das Zentrum über 80 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten auf in folgenden Kreisen: 1. Paderborn (82,1), 2. Daun-Prüm-Bitburg (82,9) und 3. Heinsberg-Erkelenz (87,5 Prozent).

Es sind also zwei Drittel aller jetzigen Zentrumskreise dem Zentrum unbedingt gesichert, falls das Zentrum seine Stimmenzahl wie in Immenstadt behauptet, selbst wenn alle Wähler bis auf den letzten Mann zur Urne gehen und alle Nichtwähler von 1907 Gegner des Zentrums sein sollten.

Aber auch eine ganze Reihe von Wahlkreisen, in denen 1907 das Zentrum die starke Majorität errang, in denen es aber nur infolge mangelnder Wahlbeteiligung die Zahl von 50 Prozent aller Wahlberechtigten nicht erreichte, wird bei einer ähnlichen Verschiebung wie in Immenstadt-Lindau dem Zentrum schon in der Hauptwahl zufallen, d. h. also, wenn das Zentrum und seine „bürgerlichen" Gegner ungefähr ihre alte Stimmenzahl behaupten, die Sozialdemokraten aber wie in Immenstadt Fortschritte machen. Es sind dies folgende Zentrumssitze, wobei die Zahlen in Klammern den Prozentsatz der abgegebenen Stimmen, der auf das Zentrum entfiel, angeben: 1. Glatz-Habelschwerdt (70,9), 2. Landkreis Köln (52,4), 3. Weilheim (66,5), 4. Rosenheim (57,6), 5. Passau (72,5), 6. Deggendorf (63,5), 7. Regensburg (66,7), 8. Kronach (54,9), 9. Kitzingen (53,9), 10. Illertissen-Memmingen (62,7), 11. Aalen-Ellwangen (71,4), 12. Konstanz-Ueberlingen (56,1) und 13. Waldshut-Säckingen (55,4).

Mit den oben angeführten 66 Kreisen würden dem Zentrum, wenn man sich die Wahlergebnisse von Immenstadt der Berechnung zugrunde legt, mithin nicht weniger als rund 80 Wahlkreise demnächst schon in der Hauptwahl zufallen. Das Resultat dürfte jedoch noch etwas günstiger werden, weil in manchen Kreisen die Rechte es bei den nächsten Wahlen sicher ablehnen wird, den Nationalliberalen oder gar den Freisinnigen, die Schulter an Schulter wie in Immenstadt mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum kämpfen, wieder wie bei den Blockwahlen Hilfe zu leisten. Sonach läßt ein Ausblick von Immenstadt das Zentrum hoffen, bei den nächsten Wahlen etwa dieselbe Zahl von Hauptwahlsiegen wie 1907, in welchem Jahre es 88 waren, buchen zu können. Und in den Stichwahlkreisen des Zentrums haben, zum Leidwesen der äußersten Linken und der mit ihnen gehenden Liberalen, nicht überall die Sozialdemokraten und Liberalen — wenigstens nicht allein — das entscheidende Wort, das ja stets gegen das Zentrum lauten dürfte, zu sprechen. Daß trotz des besten Willens auch ein Großblock nicht alle Stichwahlsiege des Zentrums verhindern kann, haben ja die letzten badischen Landtagswahlen zum Bedauern der Liberalen und Sozialdemokraten bewiesen, und auch die Ersatzwahl in Immenstadt-Lindau ließ ja infolge von 900 Zentrumsreserven den Vorsprung des Großblocks von 2500 auf 1600 Stimmen zusammenschmelzen.

So zeigt eine nüchterne Betrachtung, daß diejenigen Recht behalten werden — und sie finden sich auch in großer Zahl im feindlichen Lager —, die eine wesentliche Schwächung des Zentrums bei den kommenden Wahlen für ausgeschlossen halten. Die Wahl in Immenstadt-Lindau gibt keinerlei Anhaltspunkte, etwas anderes erwarten zu müssen."

Deutschland.

Berlin, 16. März 1911

Die Universität in Frankfurt (Main). Dem preußischen Abgeordnetenhause ist ein Antrag zugegangen, das Haus wolle beschließen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Errichtung einer nicht staatlichen Universität in Frankfurt a. M. nicht anders als auf Grund eines Gesetzes zu genehmigen.

Die mecklenburgische Verfassungsrevision. Wir haben vor einiger Zeit einen Vorschlag des konservativen Abg. v. Treuenfels zur Lösung der langwierigen Verfassungsreformfrage mitgeteilt. Nunmehr hat die Schweriner Regierung auch ihrerseits die Initiative ergriffen und an die Landtagskommissare ein Reskript erlassen, und ihm eine Anlage über die Grundzüge einer anderweitigen Zusammensetzung des Landtages angefügt. Diese Anlage macht nach dem bisher vorliegenden Bericht folgende Vorschläge über den neuen mecklenburgischen Landtag: „Der Landtag für Mecklenburg-Schwerin aus 92 Abgeordneten, nämlich aus 24 Abgeordneten der Ritterschaft, aus 24 Abgeordneten der Landschaft und der beiden Seestädte Rostock und Wismar, aus 7 Abgeordneten des ländlichen Großgrundbesitzes, aus 12 Abgeordneten des ländlichen Kleingrundbesitzes und der übrigen ländlichen Bevölkerung, aus 10 Abgeordneten der städtischen Bürgerschaft und der Fleckengemeinden, aus 1 Abgeordneten der Landesuniversität, 1 Abgeordneten der Geistlichen, 3 Abgeordneten der übrigen wissenschaftlichen Berufsstände mit Hochschulbildung, 2 Abgeordneten der Handelskammer und 4 vom Großherzog zu ernennenden Abgeordneten." Das Preußische Herrenhaus und die für Elsaß-Lothringen vorgeschlagene Erste Kammer scheinen als Vorbild für diese Kammer gedient zu haben. Eigenartig sind die Vorschläge bezüglich der Wahl. „Das Großherzogtum soll für die Wahlen des ländlichen Großgrundbesitzes in 7 Wahlkreise eingeteilt werden. In jedem Wahlkreise wird ein ländlicher Abgeordneter gewählt. Die Wahl erfolgt unmittelbar und öffentlich. Der Sitz des Amtsgerichts ist in der Regel der Wahlort. — Hierzu heißt es in einer Anmerkung: Zu erwägen wird sein, ob die Wahl nicht durch Ausführung und Zurückreichung eines dem einzelnen Wähler von dem Wahlkommissar übersandten Stimmzettel erfolgen kann. Die Kleingrundbesitzer wählen 12 Abgeordnete. Zu dieser Wahl werden folgende Vorschriften als grundlegend aufgestellt: Das Großherzogtum wird in 12 Wahlbezirke eingeteilt. In jedem Wahlkreise wird ein Abgeordneter gewählt. Die Wahl erfolgt hier nicht unmittelbar, sondern durch Wahlmänner, die von den Urwählern in den einzelnen Wahlbezirken gewählt werden. Urwähler ist, wer ein im Wahlbezirke gelegenes Grundstück als Eigentümer, Nutzeigentümer oder kraft bürgerlichen Rechts besitzt und bewohnt. Zum Wahlmann kann nur gewählt werden, wer zu den im Bezirke stimmberechtigten Urwählern gehört. Den Urwählern werden angegliedert alle Personen, die mindestens zwei Jahre ihren Wohnsitz oder Hausstand in dem Bezirke haben, und zwar ein Gewerbe der Landwirtschaft, oder eine Wissenschaft, oder eine Kunst als Haupterwerbsquelle betreiben und ein Einkommen von mindestens 1200 Mark haben. Gewählt wird von ihnen in mehreren Abteilungen." Danach soll also — von den sonstigen ständischen Wahlen abgesehen — Mecklenburg zweimal eingeteilt werden; einmal nämlich in die sieben Wahlkreise, in denen der Großgrundbesitz wählt, und dann in die zwölf Wahlkreise, in denen der Kleingrundbesitz wählt. Aber damit nicht genug; auch der Wahlmodus soll für Klein- und Großgrundbesitz verschieden sein. Der Großgrundbesitz wählt direkt, der Kleingrundbesitz indirekt und in mehreren Abteilungen. Ob und welche Aussichten dieser Vorschlag hat, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden.

Wie die Fortschrittler auch anders können. Aus Breslau wird der „Deutschen Tageszeitung" geschrieben: „In einer vor kurzem in Wittendorf (Kreis Sprottau) abgehaltenen Versammlung, in der der freisinnige Kandidat, Bürgermeister Achilles (Sagan), sein Programm entwickelte, wurde die Frage vorgelegt, wie er sich zur Schutzzollpolitik stelle. Bürgermeister Achilles erwiderte wörtlich, „theoretisch sei er für die Aufhebung der Zölle, in der Praxis werde er aber, um Katastrophen zu vermeiden, für Beibehaltung der jetzigen Zölle stimmen." Auf den Hinweis, daß doch dieser Ausspruch, ebenso wie die auf der Versammlung zu Klopschen seitens des freisinnigen Kandidaten für den Kreis Glogau, Herrn Geh. Justizrat v. Liszt, gefallene Aeußerung, „daß er erst dann für eine Herabsetzung der Getreidezölle stimmen werde, wenn seine ländlichen Wähler ihn kniefällig darum bitten würden", im Widerspruch stehe mit dem Programm der freisinnigen Parteien, wonach ein allmählicher Abbau der landwirtschaftlichen und industriellen Zölle erfolgen solle, entgegnete der Parteisekretär der freisinnigen Partei für Niederschlesien, Mickeleit: 1. daß allerdings die schrittweise Aufhebung der Zölle im Parteiprogramme vorgesehen sei, das Programm aber nicht dazu da sei, um auf alle Fälle beachtet zu werden. 2. Bezüglich der Aeußerung des Herrn Professors v. Liszt in Klopschen erklärte er, daß der Redner diese Aeußerung im Interesse seiner Wähler für notwendig erachtet habe."

In Baden treten da und dort demokratische Lehrer auf und sprechen gegen die Schutzzollpolitik, von der die meisten wahrscheinlich gar nichts verstehen. Diese harmlosen politischen Dilettanten wissen sicher nicht, daß ihre Parteifreunde anderorts dieselbe Politik vertreten, welche die Herren demokratischen Lehrer bekämpfen zu müssen glauben, um gute Demokraten zu sein.

Die Stichwahlparole im Kreise Gießen macht den Nationalliberalen viel zu schaffen; ihr Wahlausschuß hat mit 13 gegen 5 Stimmen beschlossen, den Wählern für die Stichwahl zwischen Antisemiten und Sozialdemokraten die Stellungnahme freizugeben. Maßgebende nationalliberale Kreise aber wehren sich mit aller Entschiedenheit gegen diese schwächliche Stellungnahme. Es soll eine Wahlversammlung einberufen werden, welche dahin Stellung zu nehmen hat, daß die Nationalliberalen geschlossen für den Antisemiten stimmen sollen. Wenn die Sozialdemokraten jetzt nur nicht einen in Immenstadt ausgestellten Wechsel zur Einlösung präsentieren.

Lösung der Veteranenbeihilfe. In der Voraussicht, daß der im Etat des Reichsschatzamtes für die Veteranenbeihilfe ausgebrachte Mehrbetrag von 5 Millionen Mark, der den Etatsansatz auf rund 28,6 Millionen Mark bringen soll, die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften finden wird, hat der Bundesrat für die Gewährung der Beihilfen für die von ihm im Jahre 1905 erlassenen Ausführungsbestimmungen in wesentlichen Beziehungen zugunsten der Kriegsteilnehmer geändert. Das Schwergewicht für die Entschließung über die Bewilligung der Beihilfe soll künftig dauernd in der unterstützungsbedürftigen Lage der Kriegsteilnehmer ruhen und die Beihilfe grundsätzlich jedem Kriegsteilnehmer zugute kommen, der infolge von Alter, schwerem Siechtum, unheilbarer Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd außerstande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, den notwendigen Lebensunterhalt zu erwerben. Durch diesen Beschluß dürften mehr wie 50000 Veteranen die Beihilfe erhalten.

Neuregelung der Gefängnisarbeit in Preußen. Auf Einladung des preußischen Ministeriums des Innern fand am 30. Januar d. J. im Zellengefängnis Berlin, Lehrter Straße, eine Konferenz statt, um über Vorschläge zu beraten, wie die Konkurrenz der Gefängnisarbeit dem freien Gewerbe gegenüber beschränkt werden könne. Nach 5stündiger eingehender Debatte einigte man sich über die Annahme folgender Punkte, mit denen man sich einverstanden erklären kann, und die, wenn sie in der Praxis auch tatsächlich gehandhabt werden, einen wertvollen Fortschritt auf dem Wege der Bekämpfung der Gefängnisarbeit darstellen: 1. Alle diejenigen Strafgefangenen, welche längere Strafen zu verbüßen haben und deren körperliche Beschaffenheit es zuläßt, sollen mehr als bisher zu landwirtschaftlichen Kulturarbeiten herangezogen werden. 2. Gefangene mit Strafen bis zu 3 Monaten sollen nur noch mit Arbeiten für den eigenen Bedarf der Strafanstalten und staatlichen Behörden beschäftigt werden. 3. Der Herr Finanzminister soll ersucht werden, größere Mittel für Meliorationszwecke von Oed- und Moorländereien zur Verfügung zu stellen. 4. Arbeiten für Privatunternehmer sollen nicht mehr ausgeführt werden. 5. Maschinen sollen nur insoweit Verwendung finden, als sie mit der Hand in Bewegung gesetzt werden. 6. Eine Beschlußfassung darüber, ob die Strafanstalten gehalten sein sollen, für die an andere Behörden zu liefernden Arbeiten mindestens 75 Prozent der ortsüblichen Preise zu berechnen, bleibt der nächsten Zusammenkunft der Konferenzteilnehmer vorbehalten. 7. Für jede Provinz wird ein Beirat aus je einem Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks gebildet, denen das Recht der Revision aller Provinzialstrafanstalten zusteht. Wenn den Anregungen dieser Beiräte auf Abänderungen von Mißständen nicht Folge gegeben werden sollte, soll der Zentralbeirat bei seiner nächsten Konferenz weiter beschließen.

Ausland.

Frankreich.

Zum Schutz der Kirchen vor radikalem Vandalismus. Der Protestant Maurice Barrés, Mitglied der Academie Française, reichte folgende Petition bei der Kammer ein:

„Herr Präsident! Im höchsten Grade erregt durch die zahlreichen, neuerdings vorgekommenen Niederreißungen von Kirchen, die vielleicht ohne besonderen Stil, aber voll Reiz und historischer Erinnerungen waren, mit pittoresken Calvarien und alten Gräbern, haben wir Künstler und Schriftsteller jeden Glaubens und ohne Unterschied der Partei uns zusammengeschlossen, die wir an diesen alten Heiligtümern so viel Anregung u. künstlerische Befruchtung fanden, um zu protestieren und das Parlament zu bitten, daß entsprechend dem Schutz der historischen Denkmäler auch diesen malerischen Stätten und Fundgruben der Kunst ein Schutz zuteil wird.

„Wir wollen diese Reste der Vergangenheit bewahren, diese Quellen geistigen Lebens, und wollen die architektonischen Physiognomien sichern und schützen, das physische und moralische Abbild des französischen Landes. Wir haben das Vertrauen, Hr. Präsident, daß das Parlament möglichst bald diese Bitte in Erwägung zieht, die wir Ihnen unterbreiten, indem wir Sie unserer größten Hochachtung versichern."

Es folgen die Unterschriften von über 100 hervorragenden Professoren, Schriftstellern, Komponisten, Malern, Bildhauern, Kupferstechern, Kunstgießern, darunter Mitglieder der Jury, kurz, der geistigen Elite von Frankreich.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Diese Petition, bemerkt das Luz. „Vaterland“ treffend, wirkt wie ein Blitzlicht auf die Zustände, die sich in Frankreich durch den hornierten Kirchenhaß herausgebildet haben. Die heidnischen Altertümer konserviert man, aber die Konservierung der christlichen Baudenkmäler hält der Haß eines banausenhaften Radikalismus für überflüssig. Da kann jeder Dorf-Maire seinem Vandalismus die Zügel schießen lassen. Die Gottlosigkeit wirkt auf die Kultur eben destruktiv, oder wo sind die idealen Kunstwerke des modernen Radikalismus?

× **Ministerstürzerei, ein einträgliches Geschäft.** Eine gute Belohnung erhält der radikale „Ministerstürzer“ Abg. Molvy, dessen Rede den Sturz Briands einleitete. Er wurde zum Unterstaatssekretär ohne Portefeuille ernannt. Er ist also, so witzelt die oppositionelle Presse, Unterstaatssekretär „in partibus“, und seine einzige Tätigkeit besteht in der Ausstellung einer Quittung über den Bezug von 30 000 Franken Jahresgehalt! Dazu kommen noch die Gehälter des von ihr ernannten, zu seiner Umgebung bestimmten Beamtenstabs. „Honny soit, qui malsy pense!“ — „Ein Schelm, der Arges gelungener Variation des bekannten „honny soit, qui malvy pense!“ — „Ein Schelm, der Arges dabei denkt!“) — —

Rußland.

Petersburg, 15. März. Der Senat beging heute das 200jährige Jubiläum seiner Gründung. In der Jubiläumssitzung führte der Kaiser den Vorsitz und hielt eine Ansprache, in der er auf die Ergebenheit des Senats während der vergangenen zwei Jahrhunderte zum Nutzen des Reiches hinwies und daran erinnerte, daß der Senat in den Tagen schwerer Unruhen eine unerschütterliche Wehr der Ordnung und des Gesetzes gewesen sei. Der Senat überreichte dem Kaiser eine Jubiläumsmedaille. Die Großfürsten Andreas Wladimirowitsch und Konstantin Konstantinowitsch sowie Prinz Alexander von Oldenburg sind zu Senatoren ernannt worden.

Belgien.

= **Antiklerikale Bildungslümmel.** In Lüttich kam es am Sonntag zu blutigen Studentenkrawallen. Der katholische Studentenbund feierte in Lüttich sein 25jähriges Bestehen. Der Bischof nahm persönlich die Fahnenweihe in der Kirche vor. Diese Zeremonien reizten die Antiklerikalen, die vor der Kirche die katholischen Kameraden zuerst anspuckten und sie hierauf tätlich angriffen. Bei der Schlägerei gab es auf beiden Seiten Verwundete. Der Kampf hörte erst auf, als die Polizei die Studenten mit dem Säbel auseinandertrieb und einige besonders eifrige Exzedenten verhaftete.

Portugal.

= **Die Revolutionsdiktatur dekretiert weiter.** Das Amtsblatt veröffentlicht heute nach einer Meldung aus Lissabon vom 15. März das Wahlgesetz für die Wahl der Abgeordneten zur gesetzgebenden Versammlung. Das Wahlrecht wird geheim, direkt und fakultativ sein. In den Wahlkreisen Lissabon und Oporto wird das Proportionalsystem, in den übrigen Wahlkreisen die Listenwahl zur Anwendung kommen. Jeder koloniale Wahlkreis wird einen Abgeordneten wählen. — Die Minister sind mit der Prüfung eines Militärstrafgesetzbuches beschäftigt, das die Abschaffung der Todesstrafe enthalten soll, die in Wirklichkeit schon jetzt nicht mehr angewendet wird.

Die Diktatur in Portugal mit ihrer terroristischen Gewaltherrschaft ist noch lange nicht gesonnen, das Heft aus der Hand zu geben. Als dieser Tage gemeldet wurde, die Willkürherrscher in Lissabon wollten nun endlich im April die Kammern wählen lassen, hat die „K. V.“ das auf Grund der gemachten Erfahrungen bezweifelt. Jetzt wird dieser Zweifel bestätigt, denn ein demokratischer deutscher Korrespondent, Gönner des besagten Regiments, meldet nach dem „Seculo“, daß die Wahlen erst in der zweiten Hälfte des Mai stattfinden, so daß die Eröffnung der Gesetzgebenden Versammlung nicht vor Ende Juni zu erwarten wäre. Auch das halten wir lediglich für einen Bluff der jakobinischen Freimaurergesellschaft, die jetzt in Portugal das Ruder führt, übrigens anscheinend dem Augenblicke nahe ist, in dem auch an ihr wahr wird, daß die Revolution ihre eigenen Väter frißt.

Afrika.

‡ **Die Lage in Marokko.** Der Fezer Berichterstatter des „Matin“ hatte am 8. März eine Unterredung mit dem französischen Konsul Gaillard, bei der dieser u. a. folgendes geäußert hat: Der Sieg vom 7. d. M. ist in moralischer Hinsicht gewiß von bester Wirkung. Aber ich habe soeben von Major Mangin, der bisher sehr optimistisch war, einen pessimistischen Brief erhalten. Hienach hat die Zahl der aufrührerischen Stämme großen Eindruck auf ihn gemacht und er fürchtet jetzt einen noch allgemeineren und viel gefährlicheren Aufstand. Ich selbst habe in den langen Jahren, die ich in Marokko bin, noch niemals eine so ernste Lage gesehen, nicht, weil ich für die in Fez lebenden Europäer Befürchtungen hegte, sondern weil ich hier noch niemals eine so ausgedehnte Erhebung mitgemacht habe. Selbst die unterwürfigsten Stämme, z. B. die Scherarda, haben eben die von den Leuten des Sultans begangenen Unzukömmlichkeiten satt bekommen. Vielleicht daß der Sultan, gestützt auf den vorgestrigen Erfolg, seine Situation verbessern kann. Man wird vorläufig sehr duldsam vorgehen müssen, und erst später, sobald die Truppen des Sultans zahlreicher und besser geschult sein werden, gegebenenfalls eine entscheidende Aktion unternehmen. Zum erstenmal hat die marokkanische Politik, die gewöhnlich darin besteht, einen Stamm gegen den andern zu hetzen, sich nicht bewährt. Unter den soeben eingetroffenen 20 Gefangenen findet man heute aus allen Stämmen. Die Situation ist demnach sehr gespannt und man wird sich vor allem bemühen müssen, die Gemüter zu beruhigen.

‡ **Kämpfe in Marokko.** Ueber die erfolgreichen Kämpfe der scherifischen Mahalla mit den Aufständischen sind nunmehr genauere Meldungen eingetroffen. Danach war die 2630 Mann starke, unter dem Kommando französischer Offiziere stehende Mahalla am 28. Februar von Fez aufgebrochen. Am 3. März wurde das Lager bei Hamud verlassen und bei Sukelscht kam es zu einem ernsten Zusammenstoß. Unter den Gefallenen befinden sich die Führer der Aufständischen, Kaid Mohamed und Bali Eddeline.

Baden.

Karlsruhe, 16. März.

Vom Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ist Rechtsanwalt Oskar Köppel in Karlsruhe zugleich bei der Kammer für Handelssachen in Pforzheim mit dem Wohnsitz in Karlsruhe zugelassen worden; ferner der Aktuar Friedrich Frank beim Amtsgericht Müllheim etatmäßig angestellt.

Die Leistungsfähigkeit der badischen Staats-Eisenbahnen.

In mehreren badischen Blättern war die Behauptung aufgestellt, in dem bei der Sitzung des Eisenbahnrats vom 3. März d. J. verlesenen Schreiben des Eisenbahnministers sei mitgeteilt worden, daß die badische Eisenbahnverwaltung mit dem neuen Fahrplan bezügl. der Schaffung neuer Verbindungen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei und daß deshalb von der Einlegung neuer Züge keine Rede sein könne. Daran wurden dann Schlüsse über die Notwendigkeit der Entlastung der badischen Staatsbahnen durch die Schiffbarmachung des Rheines bis Basel oder über die Notwendigkeit der Erbauung der Linie Rastatt—Kehl geknüpft. Hierzu wird der „Karlsruher Ztg.“ amtlich geschrieben: „Die fragliche Behauptung beruht auf einer unzutreffenden Darstellung des Sachverhalts. Der Minister hat in dem erwähnten Schreiben lediglich darauf hingewiesen, „daß die Eisenbahnverwaltung bei der durch die weitere Einlegung von Zügen bedingten Vermehrung von Zugskilometern bereits an die äußerste Grenze des unter den gegenwärtigen Verhältnissen Vertretbaren gegangen sei und daß eine Berücksichtigung weiterer Wünsche bis zu einer nachhaltigen Besserung der Lage unserer Eisenbahnfinanzen zurückgestellt werden müßten.“ Lediglich von der derzeitigen finanziellen, nicht aber von der betriebstechnischen Leistungsfähigkeit der badischen Staatsbahnen war hiernach die Rede; damit entfallen auch die oben erwähnten, an das fragliche Schreiben geknüpften weiteren Schlüsse.“

Universität und Antimodernisteneid.

In den „Preußischen Jahrbüchern“ vom März 1911 Band 143 Seite 553 äußert sich ein mit D. (Herausgeber Delbrück) zeichnender Verfasser über die gegenwärtige kirchenpolitische Lage mit Bezugnahme auf die aus Anlaß des Antimodernisteneides auftauchenden Fragen. Er schreibt:

„. . . Es fehlt dem Staate nicht nur die Macht, sondern es wäre auch nicht einmal klug, unter Aufgebot seiner Macht in diese inneren Fragen des Glaubens und der Disziplin der römischen Kirche eingreifen zu wollen. . . . Einmischung ehe eine wirklich große Bewegung in den katholischen Massen uns ruft ist ausgeschlossen. Am allerwenigsten dürfen wir daran denken, die katholisch-theologischen Fakultäten aufzuheben. Es gab einmal eine Zeit, wo man den Gedanken hegen konnte, in der Tat durch völlige Absperrung der Katholiken von der modernen Bildung sie so auszudörren, daß sie ohnmächtig werden mußten. Aber heute ist eine solche Politik völlig ausgeschlossen: abgesehen von allen inneren Gründen: wir können ja das Zentrum für die geordnete Regierung des Reiches nicht mehr entbehren. Ein Volk hat nicht ungestraft eine sozialdemokratische Partei von 3½ Millionen Wählern.“

Das sind realpolitische Erwägungen eines staatsmännisch denkenden Kopfes. Wir können nichts dafür, wenn sie im Gegensatz stehen zu gewissen Tendenzen, die sich bei leitenden badischen Staatsmännern und bei solchen, die es werden wollen und das Großblockpatent dafür schon in der Tasche haben, in letzter Zeit so deutlich gezeigt haben.

Bekanntlich hat in den letzten Tagen ein Freiburger Hochschulprofessor, wenn auch anonym, in Freiburger liberalen Blättern das Vorgehen des Senats der dortigen Universität in der Angelegenheit der Pastoralprofessur, welches mit der — zwar offiziell unbekannten — Haltung der badischen Regierung in Einklang steht, zu verteidigen gesucht und mit durchaus unzulänglichen auch moralisch nicht einwandfreien Mitteln der theologischen Fakultät inkorrektes Vorgehen vorgeworfen. Zum Schluß drückte er die Hoffnung aus:

„Es ist deshalb zu erwarten, daß die Universität Freiburg von ihrem Standpunkt nicht abgehen und daß sie in der Großherzoglich badischen Regierung einen starken Rückhalt für ihre Auffassung finden wird.“

Dazu wird in der „Germania„ Nr. 61, 1. Blatt bemerkt:

„Zum richtigen Verständnis dieser letzten Worte muß man wissen, daß das Vorgehen des Senats von den Nichtmitgliedern desselben nicht durchgängig gebilligt wird. Das kann nicht auffallend erscheinen. Es kann ja jemand den vorgeschriebenen Eid in gleicher Weise beurteilen, wie der Universitäts-Senat von Freiburg, und doch dessen Vorgehen bei Behandlung der Kandidatenliste der theologischen Fakultät inkorrekt und eigenmächtig finden. Die Anrufung der Hilfe der Regierung betreffend, muß im Auge behalten werden, daß der Hauptträger der Aktion in Sachen des Antimodernisteneides Ministerialdirektor Böhm ist, Referent für die Universitäts-Angelegenheiten im Unterrichtsministerium. In den Kreisen der Regierung ist er der Dränger und zugleich für den Großblock „der Mann der Zukunft“. Der Senat ist das Werkzeug in seiner Hand. Er ist es, der des „starken Rückhaltes in der Großherzoglich badischen Regierung“ bedarf, um so mehr, als weder diese durchgängig seinem Standpunkte zustimmt, noch auch andere Kreise, auf deren Votum zu achten ist. Diesen Umständen trägt er damit Rechnung, daß er den Universitätssenat vorangehen läßt, um selber in der Rolle dessen dazustehen, den „die Männer der Wissenschaft“ drängen, die „Freiheit der Wissenschaft“ zu schützen.“

Auch diese Seite der Sache gewinnt eine interessante Beleuchtung durch die Stimme in den „Preußischen Jahrbüchern“.

Eine mißlungene Klarstellung.

Der nationalliberale bezw. jun liberale Mannheimer „General-Anzeiger“ wurde in letzter Zeit von der nationalliberalen „Wormser Ztg.“ in Hessen öfters scharf angelassen und zwar von einem Mannheimer Nationalliberalen, was besonders schmerzlich war. Der General-Anzeiger antwortete zunächst nicht, weil er nicht recht wußte, was er aus der Sache machen sollte. Am 14. März bringt er jedoch einen Artikel mit der Ueberschrift „Eine Klarstellung“. Die Wahl in Gießen, die bekanntlich mit einer totalen Niederlage der Nationalliberalen endete, hat ihm Mut gemacht gegenüber der Wormser Ecke. Der „General-Anzeiger“ schreibt zunächst:

„Die „Wormser Zeitung“ beschäftigt sich in letzter Zeit in außerordentlich „liebevoller“ Weise mit dem Mannheimer „General-Anzeiger“ und der von ihm vertretenen Politik, die eine schauderhaft schlechte Zensur bekommt. Und zwar findet diese Beschäftigung statt in Form von Zuschriften einer „nationalliberalen Seite“ aus „Mannheim“, so auch wieder in der letzten Sonntagsnummer. Wir haben von diesen Angriffen nicht Notiz genommen und fühlen auch ferner nicht das Bedürfnis dazu, wollen auf eine Anfrage aus Parteikreisen heute nur mitteilen, aus welchem Grunde wir das für überflüssig erachten: wir wissen sehr genau, daß der Verfasser weder ein Mannheimer noch ein Nationalliberaler ist. Das Etikett: „Aus Mannheim wird uns von nationalliberaler Seite geschrieben“ wird einfach aufgeklebt auf ganz echte und unverfälschte Fabrikate der „Wormser Ecke“, die dadurch auch außerhalb dieses interessanten Erdenwinkels Abnehmer in nationalliberalen Kreisen finden sollen. Wir meinen, die Feststellung dieser Tatsache ist Grund genug, diesen Polemiken nicht mehr Beachtung zu schenken, als sie wirklich verdienen. Der Versuch, den Anschein zu erwecken, als mache sich selbst in Baden eine Opposition gegen die von Bassermann geführte und von der überwältigenden Mehrheit der Partei gebilligte Politik der nationalliberalen Partei geltend, ist denn doch in zu plumper Weise unternommen worden, als daß er Glauben finden könnte außer in Worms und in den Kreisen des schwarz-blauen Blocks, und irgend eine Wirkung tun könnte.“

Der „General-Anzeiger“ ist seiner Sache in Wirklichkeit bei weitem nicht so sicher, als er tut. Er spricht von „Tatsachen“, wo es sich um „Vermutungen“ von ihm handelt, die keine Tatsachen sind. Es gehört sehr viel Keckheit von einem nationalliberalen Blatt dazu, wegleugnen zu wollen, daß es in der nationalliberalen Partei in Baden noch genug einzelstehende Nationalliberale gibt, die in intimen Kreisen in der schärfsten Weise die Linkspolitik und Schaukelpolitik der heute Mode gewordenen „national“liberalen Führer verurteilen, einige gibt es auch, welche dies — freilich nicht in badischen — nationalliberalen Blättern zum Ausdruck bringen. Das weiß der „General-Anzeiger“ selbst sehr genau. Es ist deshalb eine Flunkerei von ihm, wenn er so tut, als wisse er, daß der badische Nationalliberale in der „Wormser Ztg“ kein Nationalliberaler und kein Mannheimer ist. Unter diesen Rechtsliberalen Badens fehlt lediglich der organisatorische Zusammenhang, den sie sich nur schaffen dürfen z. B. in einer sel ständigen Zeitung, welche ihre Ideen vertritt, dann werden auch nationalliberale Blätter nicht mehr leugnen wollen, daß es heute noch Nationalliberale in Baden gibt, die wissen, ob sie nationalliberal oder demokratisch sind. Die Bewegung, die sich z. B. an den Namen des früheren Diakonissenhauspfarrers Karl knüpft, war und ist weit mehr eine rechtsliberale als eine konservative.

Der „General-Anzeiger“ schreibt weiter:

„Die „Wormser Zeitung“ muß es schon schlauer anfangen, um den Kredit ihrer Politik in der nationalliberalen Partei zu erhöhen, die nationalliberale Seite aus Mannheim ist ein verzweifelt untaugliches Mittel, sie mag noch so viel in die „Wormser Zeitung“ schreiben, sie wird es nicht durchsetzen, daß die nationalliberale Partei des Reiches sich die hessische Sammlungspolitik für das ganze Reich oktroyieren läßt, was bekanntlich das Ziel der „Wormser Ecke“ und was bekanntlich den scharfen Unterschied zu den badischen Nationalliberalen ausmacht, die nicht im mindesten daran denken, ihre Großblockpolitik als Ausfuhrartikel in alle anderen Bezirke des Reiches mit anders gearteten politischen Verhältnissen hineinbringen zu wollen, sondern vielmehr in loyaler und korrekter Ausführung der Kasseler Abmachungen Uebertragung der Großblockpolitik auf die Reichspolitik der nationalliberalen Partei strikte ablehnen. Wie wenig Anlaß aber die nationalliberale Partei des Reiches hat, sich die Politik der Wormser Ecke allgemein oktroyieren zu lassen, das hat die Wahl in Gießen doch wohl sehr deutlich dargetan. Wenn sie selbst in Hessen Fiasko macht, dann wird sie wohl im übrigen Deutschland auch wohl oder erst recht nicht tauglich sein, der nationalliberalen Partei die Wählerzahl und den Mandatsbesitz zu mehren.“

Daß trotzdem die badischen Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten die Uebertragung der Großblockpolitik auf das Reich nicht nur wünschen, sondern auch vorbereiten, daß diese sogar eingeleitet ist durch die Wahl in Immenstadt und die in Gießen, wo die jungliberalen Dränger die Nationalliberalen zur Freigabe der Stichwahlparole (zu ergänzen: für die Sozialdemokratie!) vermocht haben — freilich nicht ohne Widerspruch, das bezweifelt niemand. Im übrigen aber beweist die Wahl von Gießen, wo die Nationalliberalen eine schwere Niederlage erlitten, etwas ganz anderes, als was der „Generalanzeiger“ haben möchte. Sie beweist allerdings die verhältnismäßige Schwäche des Rechtsliberalismus in der nationalliberalen Partei. Vom nationalliberalen Standpunkt aus ist jedoch immerhin noch mehr Stärke, Klarheit und Charakter in diesen rechtsliberalen Kreisen als in jenen radikalisierten Massen, welche mit größter Leichtigkeit in das linksliberale Lager und noch weiter nach links springen, weil sie tatsächlich nicht mehr wissen, ob sie nationalliberal oder demokratisch sind. Das ist das Schlimmste was einer Partei passieren kann, wenn selbst die Führer nicht mehr wissen, wo es gut. In diesem Fall befinden sich aber der badische offizielle Nationalliberalismus und weite Kreise der Nationalliberalen im Reich. Dieser letztere Nationalliberalismus ist in Wirklichkeit kein Nationalliberalismus mehr, sondern ein Linksliberalismus zweifelhafter Natur, der sich noch nationalliberal nennt, ohne es zu sein. Wenn man es chemisch ausdrücken wollte, müßte man sagen: ein Verwesungsprodukt aus einer sich auflösenden Partei. Was noch gesund ist, das schart sich um die „Wormser Ecke“. Das übrige paßt sich dem Linksliberalismus oder der Sozialdemokratie an.

Soeben kommt übrigens noch folgende Nachricht:

Gießen, 16. März. Der nationalliberale Wahlkreisausschuß hat gestern den Beschluß des Wahlausschusses auf Stimmenfreigabe bei der Reichstagsstichwahl umgestoßen und beschlossen, für den antisemitischen Kandidaten gegen den sozialdemokratischen einzutreten.

Die Gemeindebesteuerung in Karlsruhe

nach den Gesetzen vom 19. Oktober 1906 und vom 26. September 1910.

‡ **Karlsruhe**, 15. März.

Oberbürgermeister Siegrist gibt in einer kleinen Denkschrift eine Darstellung der Gemeindebesteuerung und der Belastung der einzelnen Steuergattungen in Karlsruhe auf Grund der Vermögens- und Einkommensteuergesetze und begegnet damit den Beschwerden des Grund- und Hausbesitzervereins. Oberbürgermeister Siegrist führt u. a. aus:

In Karlsruhe hat der Grund- und Hausbesitzerverein durch Eingaben vom 5. August und 10. September „die Ermäßigung der Liegenschaftswerte bis zu 25 Proz.“ beantragt, allerdings ohne diesem Antrag eine sachliche Begründung beizufügen.

Zur Prüfung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der zulässigen Maßnahme sind folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist seit Einführung des Vermögenssteuergesetzes eine absolute und relative Mehrbelastung des Grund- und Hausbesitzes eingetreten?
2. Auf welchen Ursachen beruht die Mehrbelastung?
3. In welchem Umfange tritt eine Entlastung des Grund- und Hausbesitzes infolge der neuesten Gesetzesänderung ohne weiteres ein?
4. Ist eine noch weiter gehende Entlastung des Liegenschaftsvermögens notwendig und angängig?

Welche Folgen für die Steuerzahler und die Stadtgemeinde würden haben: a) die Ermäßigung der Liegenschaftssteuerwerte, b) die Erhöhung des Einkommensteuerfußes?

1. Ist seit Einführung des Vermögenssteuergesetzes eine absolute und relative Mehrbelastung des Grund- und Hausbesitzes eingetreten?

Aus einer Gegenüberstellung der Steuerkapitalien ergibt sich:

1. daß die absolute Belastung des Liegenschaftsvermögens mit Gemeindeumlagen gestiegen ist von rund 700 000 Mk. im Jahre 1907 auf 1 266 000 Mk. in 1908 und auf 1 434 000 Mk. in 1910, sowie

2. daß auch der Anteil des Liegenschaftsvermögens an der gesamten Umlagelast, also auch seine relative Belastung sich erhöht hat von 30,8 Proz. der Gesamtumlage in 1907 auf 38,3 Proz. in 1908, 37,9 Proz. in 1909 und 37,7 Proz. in 1910. Damit ist die relative Belastung der Liegenschaftsvermögen wieder etwas höher, als sie vor Einführung der Gewerbe- und allgemeinen Einkommensteuer, die 1886 stattfand, gewesen war. Sie betrug nämlich 1880 37,3 Proz., fiel 1886 auf 31,7 Proz. und erhielt sich ungefähr auf dieser Höhe bis 1907.

2. Auf welchen Ursachen beruht diese Mehrbelastung des Liegenschaftsbesitzes?

Da mit dem 1. Januar 1908 das Vermögenssteuergesetz für die Staatsbesteuerung und die dadurch bedingte Aenderung der Gemeindebesteuerung in Wirksamkeit trat, so lag nach der Regel „post hoc, ergo propter hoc“ der Schluß nahe, daß die absolute und relative Mehrbelastung des Liegenschaftsvermögens durch Umlagen lediglich von der neuen Gesetzgebung herrühre. Um aber die wirklichen Ursachen der Verschiebung zu ergründen, darf man nicht einfach die Zahlen von 1907 mit denen der folgenden Jahre vergleichen; man muß vielmehr die Ergebnisse der Jahre der neuen Gesetzgebung mit den Zahlen vergleichen, die sich ergeben hätten, wenn die frühere Gesetzgebung in diesen Jahren (1908/10) in Kraft geblieben wäre. Denn für die Höhe der Umlagelast ist nicht nur das Gesetz, sondern vor allem der Umlagebedarf maßgebend. Der Umlagebedarf der Stadt ist gestiegen von 2 274 278 Mk. im Jahre 1907 auf 3 306 289 Mk. in 1908 und auf 3 806 535 Mk. in 1910.

Hieraus geht hervor, daß auch unter Beibehaltung der alten Gesetzgebung eine bedeutende absolute Mehrbelastung des Grund- und Hausbesitzes eingetreten wäre, nämlich von rund 700 000 Mk. im Jahre 1907 auf 1 047 000 Mk. in 1908 und 1 224 000 Mark in 1910. Die wirklich eingetroffene Mehrbelastung ist freilich noch um rund 200 000 Mk. höher; aber nur dieser Betrag stellt die Mehrbelastung des Liegenschaftsvermögens infolge der Gesetzgebung von 1906 dar.

Die Antwort auf die Frage 2 lautet also:

Die absolute Mehrbelastung der Grund- und Häusersteuerkapitalien mit Gemeindeumlagen ist zum überwiegenden Teil auf die außerordentliche Steigerung des Umlagebedarfs in den Jahren 1908 und 1910, die verhältnismäßige Mehrbelastung dagegen ist großenteils auf die Steuergesetzgebung des Jahres 1906 zurückzuführen. Dabei ist indessen zu beachten, daß ein großer Teil dieser Mehrbelastung auf die unbebauten Grundstücke (Bauplätze) entfällt, die vor der Neueinschätzung für die Vermögensbesteuerung fast gar nicht an den Geemindelasten teilgenommen hatten, weil sie dazu nur nach ihrem landwirtschaftlichen Ertragswert, nicht nach ihrem wirklichen (Verkaufs-) Wert herangezogen waren.

3. In welchem Umfange tritt eine Entlastung des Grund- und Hausbesitzes infolge der neuesten Gesetzesänderung von 1910 ohne weiteres ein?

Hier kommt der Oberbürgermeister zu dem Ergebnis, daß das Liegenschaftsvermögen entlastet ist: absolut um 1 434 371 — 1 290 934 = 143 437 Mk., im Umlagefuß um 35 — 31,5 Pfg. = 3,5 Pfg. und im Anteilsverhältnis um 37,7 — 33,9 = 3,8 Proz.,

daß das Gewerbevermögen gleichfalls entlastet ist: absolut um 643 609 — 579 248 = 64 361 Mk., um 35 — 31,5 = 3,5 Pfg. im Fuß und um 16,9 — 15,2 = 1,7 Proz. im Anteilsverhältnis,

daß dagegen das Kapitalvermögen eine Mehrbelastung erfährt: absolut um 717 443 — 455 519 = 261 924 Mk., um 15,75 — 10 = 5,75 Pfg. im Fuß und um 18,8 — 12 = 6,8 Proz. im Anteilsverhältnis,

während das Einkommen in geringem Maße entlastet ist: absolut um 1 273 036 — 1 222 603 — 50 433 Mk. und um 33,4 — 32,1 = 1,3 Proz. im Anteilsverhältnis.

Die Mehrbelastung des Kapitalvermögens bewirkt also eine so bedeutende Entlastung aller übrigen Steuerträger, daß sie die an sich eintretende Mehrbelastung der Einkommen nicht in die Erscheinung treten läßt, vielmehr trotz dieser Mehrbelastung noch eine Entlastung der Einkommen herbeiführt.

4. Ist eine noch weiter gehende Entlastung des Liegenschaftsvermögens durch Ermäßigung der Liegenschaftssteuerwerte oder Erhöhung des Einkommensteuerfußes gemäß § 107 Absatz 2 der Städteordnung notwendig und angängig?

Dieser Frage widmet die Darstellung den breitesten Raum. Es wird u. a. ausgeführt:

Nach den Darstellungen unter Ziffer 3 hätte bei Anwendung der neuen Bestimmungen auf die Umlageberechnung des Jahres 1910 das Liegenschaftsvermögen eine Entlastung um 143 437 Mk. erfahren, während nach dem Ergebnis der unter Ziffer 2 angestellten Untersuchung die dem Liegenschaftsvermögen infolge der Gesetzgebung von 1906 im Jahre 1910 tatsächlich auferlegte Mehrbelastung rund 200 000 Mk. beträgt. Zieht man hieran die Ent-

lastung, die das Gesetz von 1910 ergibt, mit 134 437 Mark ab, so reduziert sich die Mehrbelastung auf rund 65 000 Mk. oder etwa ein Drittel. Dem entsprechend ist auch das prozentuale Anteilsverhältnis des Liegenschaftsvermögens an der gesamten Umlagelast, das 1907: 30,8 Proz. und 1910: 37,7 Proz. betrug, auf 33,9 Proz. herabgedrückt, während es unter Beibehaltung der bis 1907 in Kraft gewesenen Gesetzgebung 32,1 betragen haben würde.

Es ist anzunehmen, daß von Jahr zu Jahr das Anteilsverhältnis der Liegenschaften durch die sinkende Tendenz des Anteils weiter zurückgeht und in kurzer Zeit die frühere Zahl (31 bis 32 Proz.) wieder erreicht.

Schon hiernach wird in Karlsruhe die Voraussetzung, welche die Großherzogliche Regierung für die Genehmigung eines auf die Abweichung vom gesetzlichen Verteilungsmaßstab zielenden Gemeindebeschlusses aufgestellt hat, nämlich „eine unerträgliche, gegen früher allzusehr gesteigerte Belastung der Grundeigentümer" (Seite 92 der Regierungsvorlage vom 21. Januar 1910) nicht wohl als gegeben anerkannt werden können, um so weniger als — wie unten noch näher dargelegt werden soll — für den einzelnen Grundbesitzer die Anwendung der vom Gesetze zugelassenen Maßnahmen keine nennenswerte Erleichterung bedeuten, für die Gemeinde aber empfindliche Nachteile mit sich bringen würde.

Im ganzen aber läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß wirklich ins Gewicht fallende Entlastungen der einzelnen Hausbesitzer nur bei sehr großen Steuerkapitalien eintreten, daß dagegen bei kleineren Verhältnissen, wie sie insbesondere beim Handwerkerstand, sowie beim mittleren und kleineren Beamten in Betracht kommen, die entstehenden Verschiebungen sehr gering sind und zuweilen nur Pfennigbeträge ergeben, weil eben eine beim Liegenschaftsvermögen eintretende Erleichterung durch die Mehrbelastung des sonstigen Vermögens und des Einkommens meist wieder aufgehoben wird. Anderseits aber würden die lediglich auf unfundiertes Einkommen (Arbeitsverdienst) und auf Renteneinkommen angewiesenen Personen dadurch unverhältnismäßige Mehrbelastungen erfahren.

Angesichts der fortgesetzten Klagen des Grund- und Hausbesitzervereins über die hohe Umlagebelastung des Hausbesitzes und dessen wenig günstige wirtschaftliche Lage sind nun auch Ermittelungen über die Rentabilität einer größeren Zahl von Häusern verschiedenster Art und Lage angestellt worden. Dabei hat sich zunächst ergeben, daß im Verlauf der letzten drei Jahre in sehr vielen Fällen die Mieten gesteigert worden sind und zwar oftmals nicht nur um den Betrag der Steuererhöhung, sondern um weit höhere Beträge, daß also die Mehrbelastung durch die Umlage vielfach auf die Mieter abgewälzt wurde. Auch aus diesem Grunde erscheint eine weitergehende Entlastung des Liegenschaftsvermögens auf Kosten der Einkommensteuerpflichtigen nicht angängig.

Lokales.

Karlsruhe, 16. März 1911.

Aus dem Hofbericht. Der Großherzog nahm gestern vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb entgegen und erteilte hierauf folgende Audienzen: dem Prorektor der Universität Heidelberg, Geheimen Kirchenrat Professor Dr. von Schubert, dem zukünftigen Prorektor, Geheimen Hofrat Professor Dr. von Duhn, und dem außerordentlichen Professor Dr. Feer an der Universität Heidelberg, dem vortragenden Rat im Finanzministerium Ministerialrat Gimbel, dem Ersten Staatsanwalt Dr. Grosselfinger in Offenburg, dem außerordentlichen Professor Dr. Sieveking an der Technischen Hochschule, dem Bezirkssteuerinspektor Heitzmann, zurzeit hier, dem Oberförster Fentzling in Triberg, dem Landrichter Dr. Haunß in Offenburg, dem Professor Rübsamen in Villingen, ferner dem Geheimen Kommerzienrat Stoesser und dem Bezirkstierarzt Hammer in Lahr, dem Anstaltsarzt Dr. Kühne in Emmendingen und dem Pfarrer Menges in Ottenhöfen.

Gegen abend hörte der Großherzog den Vortrag des Geheimerats Dr. von Nicolai.

‡ **Zum Voranschlag 1911.** Der Stadtrat hat zu dem Voranschlag für das Jahr 1911 noch besondere Ausführungen erscheinen lassen. Danach hat sich die Summe der Ausgaben um 6,3 Prozent, die Summe der Einnahmen dagegen nur um 3,1 Prozent gesteigert und der ungedeckte Aufwand mit 4 256 377 Mk. gegen den des Vorjahres mit 3 844 508 Mk., das sind 10,7 Prozent sich erhöht. Wiederum zeigt sich also die bedenkliche Erscheinung, daß die Ausgaben viel rascher und stärker anwachsen als die Einnahmen. Teilweise rührt dies allerdings von dem Wegfall der Verbrauchssteuern her, andererseits kann die Erhöhung des Schulgeldes, der Biersteuer und der Hundstaxe den Ausfall kaum ausgleichen. Mit der Aufrechterhaltung der Verbrauchssteuer auf Wildbret und Geflügel, wird in dem Voranschlag noch gerechnet, diese hängt von der demnächst zu erwartenden Entscheidung des Reichsgerichts ab. Falls diese negativ lautet, steht allerdings ein weiterer Ausfall von 30—40 000 Mk. bevor, da dann auch das Oktroi auf Fische und Brennholz beseitigt wird, weil sich dieserhalb allein die Beibehaltung des Kontrollapparates nicht lohnt.

= **Gartenstadt Karlsruhe.** In der gestrigen Bezirksratssitzung wurden die Straßen und Baufluchten des für das Baujahr 1911 in Betracht kommenden Geländeteils endgültig genehmigt. Dies ist für die Genossenschaft ein wichtiger Schritt vorwärts. Denn es ist zu hoffen, daß die Stadt nun recht bald mit dem Bau der Straßen und der Kanalisation beginnen wird. Mit der Ausstecknng der einzelnen Grundstücke durch den Geometer soll schon in allernächster Zeit begonnen werden.

Aus dem Jahresbericht des Lehrerseminars II. Das verflossene Schuljahr des Lehrerseminars II nahm am 11. April 1910 seinen Anfang mit einem Zugang von 85 Schülern. Nach dem Stand vom 2. Dezember 1910 besuchten die Anstalt 251 Schüler, davon hatten 118 eine Mittelschule, 113 ein Vorseminar oder Seminar, 20 die Volksschule besucht, 126 stammten aus der Stadt, 125 vom Lande. Die Zahl der Internen belief sich auf 138, die der Externen auf 113. Der Gesundheitszustand der Lehrer und Schüler war durchaus befriedigend. Der Jahresbericht gibt dann Aufschluß über die Prüfungen, über den Handfertigkeitsunterricht, die Turnspiele und die halbtägigen geologischen Ausflüge, ferner über Veränderungen im Lehrerpersonal und über die Festlichkeiten, die eine Großherzogsfeier und eine Kaiserfeier umschlossen. — Die Seminarübungsschule war von 148 Kindern besucht. Der Gesundheitszustand der Kinder kann gut genannt werden. Dem Lehrerpersonal gehören mit dem Direktor neun etatmäßige Lehrer, zwei nichtetatmäßige und sechs Hilfslehrer an. An der Uebungsschule waren tätig vier Unterlehrer und eine Lehrerin für weibliche Handarbeiten. — Das neue Schuljahr beginnt am Donnerstag, den 27. April.

× **Der Gewerbeverein Karlsruhe** hat soeben seinen Jahresbericht für das Vereinsjahr 1910 erscheinen lassen. Es war ein Jahr emsiger Arbeit für das gewerbliche Leben der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, sowie des Gaues Mittelbaden der Gewerbe- und Handwerkervereinigungen. In dem verflossenen Jahr wurden von dem hiesigen Gewerbeverein 2 Hauptversammlungen, 4 Monatsversammlungen mit Vorträgen und 14 Vorstandssitzungen bezw. Bezirksausschußsitzungen abgehalten. Neben der Erledigung der internen Vereinsangelegenheiten ließ sich der Verein insbesondere auch die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder angelegen sein. Viel Arbeit brachten die Gesellenausschußwahlen, die Gewerbegerichtswahlen, sowie die Wahlen zur Handwerkskammer. Der Verein beschäftigte sich weiter u. a. mit der Errichtung gewerblicher Sachverständigerinstitute, dem Boykott der Kleinmetzgermeister in Karlsruhe, ferner mit der Erhöhung der Warenhaussteuer, dem Hausierhandel, der Sonntagsruhe, der Arbeitslosenversicherung 2c. Der Jahresbericht gibt dann Aufschluß über die Ehrungen, die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, über den Besuch von Ausstellungen und die Errichtung von Diskussionsabenden für selbständige Gewerbetreibende. Er zählt auf die den Karlsruher Teilnehmern auf der Weltausstellung Brüssel gewordenen Preise, die Vergünstigungen der Mitglieder usw. Der Stand der Mitglieder belief sich auf 1. Januar 1911 auf 403 Personen gegen 355 am 1. Januar 1910. Nach dem Kassenbericht für 1910 beliefen sich die Einnahmen auf 5148 Mk., die Ausgaben auf 4889 Mk., so daß ein Kassenbestand von 249 Mk. verbleibt. — Der Gewerbeverein Karlsruhe ist zugleich auch Vororsverein des Gaues Mittelbaden, der in folgende 5 Bezirke eingeteilt ist, nämlich Bezirk Linkenheim, Blankenloch, Durlach, Karlsruhe und Ettlingen. Dem Bezirk Linkenheim gehören an: Linkenheim, Rußheim, Liedolsheim, Graben und Eggenstein; dem Bezirk Blankenloch: Blankenloch, Spöck, Staffort und Rintheim; dem Bezirk Durlach: Durlach, Weingarten, Jöhlingen, Grötzingen, Berghausen, Söllingen, Wöschbach, Wilferdingen und Grünwettersbach; dem Bezirk Karlsruhe: Karlsruhe, Daxlanden, Forchheim, Bulach und Beiertheim. Bezirk Ettlingen umfaßt nur die Amtsstadt Ettlingen. Der Gautag im Jahre 1911 findet in Wilferdingen statt. Der Gau Mittelbaden umfaßt 28 Vereine mit 1186 Mitgliedern, die Friseurinnung Karlsruhe ist aus dem Verbande ausgetreten. Die Gaukasse zeigt einen Kassenbestand von 177 Mk.

‡ **Bürgerverein der Südweststadt.** Am Dienstag wurde die diesjährige Generalversammlung abgehalten, in der zunächst der erste Vorsitzende, Kanzleirat Lenz, den Geschäftsbericht erstattete. Er berührte darin die verschiedenen Fragen, denen der Ausschuß seine Tätigkeit gewidmet hatte. Bei der Frage des evangelischen Kirchenbaues wurde die Gründung eines evangelischen Männervereins für die Südweststadt angeregt, nachdem von kirchlicher Seite dem interkonfessionellen Bürgerverein das Recht abgesprochen wurde, sich um den Kirchenbau zu bekümmern. Ferner wurden die Straßenbahnverhältnisse erörtert. Durch die Erledigung der Vorgärtenfrage ist der Zeitpunkt näher gerückt, der den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn und eine wesentliche Verbesserung des Betriebes bringen wird. Die Torhäuschen am Karlstor bestehen leider immer noch; Dank verdienen die Stadtverordneten, die für deren Beseitigung eintraten. Eine Haltestelle der Albtalbahn in der Ausmündung der Gutschstraße ist bis jetzt nicht zu erlangen gewesen, obwohl es wünschenswert wäre, wenigstens an dieser Stelle aussteigen zu können. Es steht in Aussicht, daß das Gewünschte später bewilligt wird. Auch der Gehweg längs der Maxaubahn von der Karlstraße bis zur Beiertheimer Allee konnte noch nicht durchgeführt werden. Auf der Südseite der Bahn diesen Abkürzungsweg zum alten Bahnhof anzulegen, scheint nicht mehr möglich, aber Herr Konsul Schmieder hat Hoffnung gemacht, daß der Weg auf der Nordseite zu Stande kommen könne. Mit Dank wurde die von der Stadtgemeinde eingeleitete Schaffung eines Zierplatzes an der Südendstraße begrüßt. Der Redner zählte dann noch die verschiedenen Einladungen auf, die dem Verein im Laufe des Jahres zu Teil geworden waren. Hierauf erstattete der Kassier, Herr Kanzleisekretär Gedemer, den Kassenbericht. Bei 186 Mitgliedern ergab sich eine kleine Vermehrung des Vermögens, das bei der städtischen Sparkasse angelegt ist. Es wäre zu wünschen, daß mehr Bewohner des Stadtteils dem Verein beitreten würden, der die Interessen des Stadtteils vertritt. Die hierauf vorgenommene Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Ausschusses mit Herrn Kanzleirat Lenz als 1. Vorsitzendem, Architekt Slevogt als 2. Vorsitzendem, Kanzleisekretär Gedemer als Kassier und Zahnarzt Allers als Schriftführer nebst 5 Beisitzern. In der zwanglosen Besprechung weiterer Angelegenheiten wurde anerkennend der Einführung eines Spätwagens auf der Karlstraße gedacht, ebenso der bevorstehenden Legung eines neuen Hauptstranges der Gasleitung, wodurch die in der Südweststadt sehr ungünstigen Druckverhältnisse des Gases eine wesentliche Besserung erwarten lassen. Längere Zeit wurde über einen Familienausflug gesprochen, der wohl auch zu Stande kommen wird. Auch wurde zum lebhaften Besuch der Dienstag-Abende eingeladen, an denen sich einige Vereinsmitglieder regelmäßig im „Tiroler" zusammenzufinden pflegen.

= **Bronislaw — Hubermann-Konzert.** Das heute Donnerstag, den 16. d. M., im Museumssaale stattfindende Konzert des großen Violinvirtuosen Bronislaw Hubermann bringt folgendes Programm: Sonate F-dur von Mozart, Chaconne von Bach, Impromptu von Schubert, Violinkonzert von Goldmark, Aus der Heimat von Smetana, Ungarischer Tanz Nr. 7 von Brahms-Jochaim. Der bedeutende Pianist Leopold Spielmann aus Wien hat wiederum den Klavierpart übernommen. Im Zusammenspiel mit dem feinfühligst auf Art und Wesen Hubermans eingestimmten Pianisten, schaffen die genannten Künstler Kammermusikglanzleistungen von hervorragender Reinheit des Stils. Wir können dem kunstliebenden Publikum nur raten, sich diesen besonders genußreichen Abend nicht entgehen zu lassen.

= **Der Winter** scheint sich nach einer alten Bauernregel auf St. Joseph anmelden zu wollen. Schon heute nacht gab er seine Visitenkarte ab. Ein leichter Schnee deckte heute früh die Dächer. Die Gehwege zeigten heute nacht einen kleinen Ansatz von Glatteis. Heute vormittag schneite es so kräftig, daß die Skiläufer und Rodler einer helle Freude daran haben konnten. Aber lange dürfte die weiße Herrlichkeit nicht dauern. Nächste Woche ist Frühlingsanfang!

Aus dem Polizeibericht. Ein Kaufmann aus der Südstadt übergab einem 36 Jahre alten verheirateten Provisionsreisenden von hier 130 Mk. Vorschuß, um damit für ihn Bestellungen in Mannheim aufzusuchen. Der Reisende verbrauchte das Geld größtenteils in hiesigen Cafés, suchte keine Bestellung auf und schädigte dadurch den Auftraggeber um den genannten Betrag. — Von Zeit zu Zeit taucht sowohl hier als auch in anderen Städten ein unbekannter, etwa 28 Jahre alter Mann auf, der bei Arbeiterswitwen, deren Männer kurz zuvor gestorben sind, sich als Beamter der Landesversicherungsanstalt vorstellt. Er frägt dann, warum sie noch keine Schritte zur Rückvergütung der Invalidenversicherungs-Beiträge getan, bietet sich aus reiner Gefälligkeit an, dafür sorgen zu wollen, daß sie alsbald in deren Besitz gelangen und stellt ihnen irgend einen beliebigen Betrag in Aussicht. Daraufhin verlangt er 3 Mk., um zu diesem Zweck eine Sterbeurkunde ausstellen lassen zu können. Erst später sehen die Betrogenen ein, daß sie einem Schwindler in die Hände fielen. — Eine 26 Jahre alte Kellnerin aus Augsburg wurde wegen Betrugs angezeigt, weil sie sich unter Vorspiegelungen in der Ostend- und Adlerstraße einmietete und dadurch die Kost- und Logisgeber um 17 bezw. 28 Mk. schädigte. — In einem Blumengeschäft erschwindelte sich eine unbekannte Frauensperson, die sich Lili nannte und in der kleinen Spitalstraße wohnen wollte, Blumen, Pflanzen und Darlehen im Gesamtbetrage von 38 Mk.

Telegramme und neueste Nachrichten.

= **Speyer,** 15. März. Der Prinzregent von Bayern hat dem Hochw. Bischof Dr. M. Faulhaber den St. Michaelsorden verliehen.

Wien, 15. März. Wie die „Korresp. Wilhelm" meldet, werden der deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin am 9. April nachmittags in Wien eintreffen und offiziell am Bahnhof empfangen werden. Auf dem Perron des Südbahnhofes werden Kaiser Franz Joseph, die Erzherzoge und Erzherzoginnen sowie die übrigen Würdenträger zum Empfang anwesend sein. Das Kronprinzenpaar wird in der Hofburg absteigen. Noch am 9. April findet ein Familiendiner statt. Voraussichtlich wird dann ein Empfang in der Hofburg abgehalten. Am 10. April wird das Kronprinzenpaar verschiedene Sehenswürdigkeiten besichtigen. Dann findet eine Allerhöchste Tafel statt. Nach derselben erfolgt die Abreise.

London, 15. März. Das Unterhaus hat die im Budget vorgeschlagene Heereseffektivstärke genehmigt.

Tokio, 13. März. Das Regierungsblatt „Kokumin" erklärt die Newyorker Gerüchte von einem geheimen Bündnis zwischen Japan und Mexiko, sowie von der Anwesenheit von 50 000 Japanern in Mexiko für unbegründet.

Die reichsländische Verfassungsfrage.

Straßburg (Els.), 15. März. Ein von 43 Abgeordneter unterzeichneter Antrag Blumenthal-Labreise verlangt 1) völlige Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten, gänzliche Ausscheidung des Bundesrates und des Reichstages aus der elsaß-lothringischen Landesgesetzgebung und Verleihung von drei Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen; 2) Einführung der mittels allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu bildenden Volksvertretung, Festsetzung der Wahlkreise durch Gesetz, Abstandnahme von der Errichtung einer Ersten Kammer, eventuell ausschließliche Zusammensetzung derselben aus gewählten Mitgliedern. In der Begründung wird die Verleihung von Bundesratsstimmen als ein Fortschritt bezeichnet, der jedoch durch das Festhalten der verbündeten Regierungen an den Bestimmungen über die Stellung des Kaisers und des Statthalters seinen Wert verliere.

Berlin, 15. März. Die Reichstagskommission für die elsaß-lothringische Verfassungsfrage hat den Zentrumsantrag, daß der Statthalter die Minister ernennen und entlassen soll, mit 13 gegen 13 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt. Der Rest des § 2 wurde nach der Regierungsvorlage angenommen.

Berlin, 15. März. Die Verfassungskommission des Reichstags für Elsaß-Lothringen hat den § 3 der Regierungsvorlage angenommen, ebenso unter dem Hinweis auf den Vorbehalt von Aenderungen in der dritten Lesung einen nationalliberalen Abänderungsantrag, daß die dort erwähnte Kaiserliche Verordnung vom Reichskanzler gegenzuzeichnen ist.

Arbeiterbewegung.

Berlin, 13. März. In der Geldmetallindustrie droht ein schwerer Kampf auszubrechen, da die Arbeitnehmer sich mit den Ausständigen einer Kronleuchterfabrik solidarisch erklärt haben.

Deutsche Ein- und Ausfuhr.

Berlin, 15. März. Im Monat Februar 1911 betrug der Wert der deutschen Einfuhr im Warenverkehr 730 044 000 Mark gegen 662,5 Millionen im Vorjahr. Der Wert der deutschen Ausfuhr 639 466 000 Mark gegen 580,9 Millionen im Vorjahre. Der Edelmetallverkehr erreichte in der Einfuhr den Wert von 17 347 000 Mark gegen 36,1 Millionen im Vorjahre, in der Ausfuhr einen solchen von 5 014 000 Mark gegen sechzehn Millionen im Vorjahr.

Die Rede Sir Edward Greys.

Berlin, 15. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zu der Rede Sir Edward Greys im Unterhause: Die Aeußerungen Sir Edward Greys über die internationale Lage im allgemeinen und die deutsch-englischen Beziehungen im besonderen können wir nur mit aufrichtiger Befriedigung begrüßen. Dasselbe gilt von den Darlegungen, die der Rüstungsfrage gewidmet sind und die auch dem deutschen Standpunkte in so hohem Grade gerecht werden, daß sich daraus erfreuliche Perspektiven für die Weiterentwicklung der deutsch-englischen Beziehungen ergeben. Nach den vorliegenden Meldungen wiederholte der Minister nachdrücklich die Feststellung des Reichskanzlers im Reichstage, daß das Mißtrauen nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung beider Länder sich geltend machte. Wenn zur Beseitigung dieses Mißtrauens, soweit die öffentliche Meinung Englands in Betracht kommt, Vereinbarungen etwas beitragen können, wie sie der Minister angedeutet hat, wird man deutscherseits gern bereit sein, dazu die Hand zu bieten. Von hier zu einem idealen Zustand eines auf dem Schiedsgerichtswesen gegründeten Weltfriedens ist allerdings, wie Sir Edward Grey betonte, ein weiter Schritt. Wenn man auch dem Gedanken schiedsgerichtlicher Abmachungen noch so sympathisch gegenübersteye, so wird man doch darin kein Arcanum gegen alle internationalen Mißverständnisse und Mißhelligkeiten suchen dürfen. Erst in jüngster Zeit hat ein Spezialfall gezeigt, daß dies nicht der Fall ist und daß über die Anwendung des Schiedsgerichts ebenso ein Zwiespalt entstehen kann, wie über andere Dinge. Die Einigung der divergierenden Regierungen wird in einem solchen Falle genau wie in allen anderen von dem mehr oder minder versöhnlichen Geiste abhängen, in dem die Verhandlungen geführt werden. Gerade der versöhnliche Geist, von dem die ganze Rede des englischen Staatsmannes durchweht ist, ist es, der ihm die Sympathien aller Welt erweckt. — Die Sozialdemokraten beschlossen der „Frankf. Ztg." zufolge, beim Etat des Reichskanzleramts Verhandlungen mit England in der Abrüstungsfrage zu beantragen.

Aufstand in Mexiko.

Mexiko, 15. März. Die Regierung veröffentlicht einen Bericht über die Niederlage der Insurgenten bei Cassagrande, welcher besagt, daß 57 Mann gefallen seien. Die gefangenen Ausländer würden human behandelt werden.

Englisch-amerikanischer Schiedsgerichtsvertrag.

Washington, 15. März. Wie verlautet, dürfte Präsident Taft bereits im Dezember dem Kongreß einen englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag unterbreiten, der alle Fälle ohne Ausnahme umfassen soll.

Die erste Frau im norwegischen Storthing.

Christiania, 16. März. In der gestrigen Sitzung des Storthings wurde ein Abgeordneter beurlaubt und sein Stellvertreter, eine Volksschullehrerin, einberufen, um ihren Platz als erste Frau unter den norwegischen Abgeordneten einzunehmen.

*

Berlin, 16. März. Die Erhöhung des Gemeindesteuerzuschlages auf 110 Prozent ist gestern von den Stadtverordnetenversammlungen von Charlottenburg und Wilmersdorf abgelehnt worden.

Berlin, 16. März. Das Berliner Sängerkorps wird auf Einladung des Wiener Männergesangvereins Ende Mai in Wien eintreffen und vor dem Kaiser Franz Josef singen.

Schneesturm.

Bern, 16. März. Vom Gotthard wird gemeldet: Ueber die Höhe des Passes rast seit zwei Tagen ein riesiger Schneesturm. Die Temperatur sank auf 14 Grad unter Null.

Die gefährliche Hutnadel. Schon mehrmals wurden bei verschiedenen Bezirksgerichten in Wien Damen wegen Tragens von zu großen Hutnadeln verurteilt. Am Montag hatte sich die Inhaberin eines Stickereigeschäftes, Frau Marie Pohl, beim Bezirksgerichte Fünfhaus wegen desselben Deliktes zu verantworten. Die Angeklagte fuhr am 3. Februar mit einem Frühzug der Westbahn in einem Koupé zweiter Klasse von Purkersdorf nach Wien. Bei der Ankunft des Zuges am Westbahnhofe erstattete der Oberinspektor der Staatsbahnen Anon Tichy dem diensttuenden Wachmanne die Anzeige, daß durch die Hutnadelspitzen der Frau Pohl die körperliche Sicherheit gefährdet war. Oberinspektor Tichy gab in der Verhandlung als Zeuge an, daß das Coupé stark besetzt war und sehr leicht jemand durch die lang hervorstehenden Hutnadeln hätte verletzt werden können. Der Richter verurteilte die Angeklagte zu fünf Kronen Geldstrafe.

Wirbelsturm.

Via Reggio, 15. März. Nach neueren Meldungen hat der Wirbelsturm hier nur geringen Schaden angerichtet. Eine Person wurde getötet, mehrere leicht verletzt.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie am 15. März 1911.

Fast ganz Europa bildet heute ein Gebiet niedrigen Druckes, das eine tiefere Depression über der südlichen Nordsee und eine flachere über Oberitalien und den Ostalpen enthält. Hoher Druck lagert noch bei Island und über dem Innern Rußlands. In Deutschland ist das Wetter bei Temperaturen, die nur wenig über dem Gefrierpunkt liegen, trüb und zu Schneefällen geneigt. Eine wesentlich günstigere Umgestaltung der Luftdruckverteilung ist vorerst nicht zu erwarten; es steht deshalb Fortdauer des trüben und rauhen Wetters mit weiteren Schneefällen in Aussicht.

Wasserstand des Rheines am 15. März früh:

Schusterinsel 145, Stillstand. **Kehl** 235, gefallen 4. **Maxau** 386, gestiegen 1. **Mannheim** 335, gefallen 9 Zentimeter.

Vor dem Hungertode

steht die Mission in Schanghai. 30 000 Christen haben nichts zu essen und auch keine Sämereien für das Frühjahr. Die Berichte der Missionare sind geradezu trostlos. Wir bitten unsere Leser ebenso herzlich wie dringend, Gaben zu senden. Hier tut rasche Hilfe not. Wer schnell gibt, gibt doppelt. Gott vergelt's!

Soeben trifft die Meldung ein, daß die Hungersnot auch auf den Südosten des apostolischen Vikariats Südschantung der Mission der Steyler Genossenschaft sich erstreckt hat. Der hochwürdigste Bischof Henninghaus, ein Sohn Westfalens, bittet auch um Hilfe. Die Situation ist weit ernster als im Jahre 1906.

Helft! Helft! Helft!

Geldspenden nimmt dankbar entgegen und bescheinigt an dieser Stelle den Empfang.

Für die Mission in Schanghai

gingen ein: A. W. 10 Mk., N. E. 2 Mk., ein Sodale 1 Mk., Ungenannt 3 Mk. Zusammen 16 Mk.

Wir bitten um gefl. weitere milde Gaben

Geschäftsstelle des „Bad. Beobachters" in Karlsruhe.
Adlerstraße 42.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer	Thermometer C	Absolute Feuchtigkeit	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
15. März Mittags 2 U.	739.0	4,5	4,8	76	SW	wolkig
Abends 9 U.	739,9	1,4	4,7	93	Still	halb bed.
16. März Morg. 7 U.	739,9	1,5	4,6	96	SSE	Schneefall

Höchste Temperatur am 15. März = 5,1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht —1,3.
Niederschlagsmenge des 16. März = 0,4 mm.
Am 16. früh leichte Schneedecke.

Kleiner Kalender.

Donnerstag, den 16. März.

Kath. Jugendverein der Oststadt. 8 Uhr Versammlung im St. Annahaus.
Kath. Männerverein Badenia. Halb 9 Uhr Gesangsprobe.
Kath. Gesellenverein. ½9 Uhr Versammlung mit Vortrag.
Kath. Männerverein Konstantia. ¾9 Uhr Gesangsprobe.
Kath. Männerverein der Oststadt. 9 Uhr Gesangsprobe.
Kolosseum. 8 Uhr Vorstellung.
Residenztheater. Vorstellung.

Freitag, den 17. März.

Windthorstbund. 9 Uhr Unterrichtsabend mit Referat.

Kurz und klein geht gar bald die Wäsche, die mit den verschiedensten scharfen Waschmitteln und Zauberchemikalien behandelt wird. Fürs Auge mag sie zwar zunächst „blendend" erscheinen, dann aber — — ach, wie bald, schwinden Schönheit und Gehalt! Dahingegen bleibt bekanntlich die Wäsche recht frisch, dauerhaft und wohl erhalten nach altbewährter solider Waschmethode: mit Luhns. Luhn's ist überall zu haben.

Grosser Möbel-Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe.

Günstigste Einkaufsgelegenheit für Brautleute

Trotz bedeutend herabgesetzter Preise gewähre ich auf bessere moderne

Schlafzimmer-, Speisezimmer- u. Herrenzimmer-Einrichtungen

einen

Extra-Rabatt von 10–20%

Reiche Auswahl in **Patent-Polsterrösten, Seegras-, Woll-, Kapock-** und **Rosshaar-Matratzen, Diwans, Flurtoiletten,** sowie alle Arten **Einzel-Möbel. — Komplette Betten** zu den billigsten Preisen.

Grosser Vorrat in

Bildern, Spiegeln, Nähtischen, Servier-tischen und sonstigem **Kleinmöbel.**

Ansicht ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Gustav Juckeland

Laden: **1 Durlacherstrasse 1** — **Möbelgeschäft** — Hauptlager: **5 Rudolfstrasse 5.**

Soeben erschienen:

Die Kunst der Spekulation.

Aus dem Inhalt:

Welche Papiere gewählt werden sollten.
Wie man Gewinne erzielen kann.
Wie ein Verlust in einen Gewinn verwandelt werden kann.
Amerikanische Papiere.
Fingerzeige für Spekulanten.
Winke für Kapitalisten etc. etc.

Kostenfrei erhältlich durch:

Brown Saville & Bro., 83 New Oxford Street, London.

Der Modernismus und die Freiheit der Wissenschaft

Von Dr. **Karl Braig,** Professor an der Universität zu Freiburg i. Br.

gr. 8° (VIII u. 58) 75 Pf.

Soeben erschienen.

Eine scharf präzisierte Stellungnahme zu der heute aktuellsten Tagesfrage.

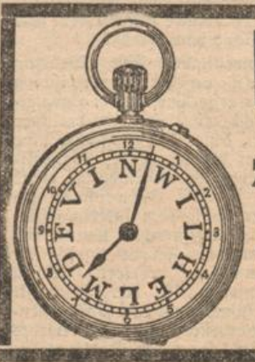
Verlag von Herder zu Freiburg i. Br.

Zu beziehen durch die:

Literarische Anstalt, Freiburg im Breisgau, Herdersche Buchhandlung, Karlsruhe, Herrenstraße 34, J. J. Bottsche Buchhandlung Tauberbischofsheim.

---

oberh. Staad a. Bodensee mit Sanatorium für Nervenkranke. Anstalt f. gesamtes Wasserheilverfahren, diätetische Behandl., Massage, Uebungs-Therapie, Terrainkuren, Luft- und Sonnenbäder.



Wilh. Devin, Hofuhrmacher

Kaiserstraße 203

Zur Kommunion solide Taschenuhren

in Gold und Silber zu anerkannt vorteilhaften Preisen

Red Star Line — Rothe Stern Linie

Postdampfer von **Antwerpen** nach **New York** und **Kanada**

Auskunft erthellen:

Red Star Linie in Antwerpen oder deren Agent **Richard Graebener,** Kaiserstrasse 199a, Eingang Waldstrasse, Karlsruhe.

Kreuzbündnis, Verein abstinenter Katholiken

(Ortsgruppe Karlsruhe).

Wir setzen unsere verehrl. Mitglieder und Freunde ergebenst in Kenntnis, daß sich unser Vereinslokal nicht mehr Kaiserstraße 56, sondern

Kaiserstraße 140, 2. St. (Reform-Speisehaus)

befindet.

Die erste **Vereinsversammlung** daselbst findet am nächsten **Dienstag, den 21. ds. Mts., abends halb 9 Uhr,** statt. An diesem Abend wird ein auf dem Gebiete der Geologie und Mineralogie sachkundiger, gewandter Redner einen Vortrag halten über das Thema:

„Was uns die Steine erzählen"

und laden wir hierzu unsere verehrlichen Mitglieder und Freunde mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen freundlichst ein. Gäste sind uns auch im neuen Lokale stets herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Heirat.

Ein tüchtiger, braver, fleißiger, kathol. Geschäftsmann in den 30er Jahren, mit Vermögen und eigenem, sehr gutgehendem Geschäft in einer Kreishauptstadt, Bäcker und Conditor, sucht sauberes kath. Fräulein oder Witwe ohne Kind mit Vermögen zwecks baldiger Heirat kennen zu lernen. Angeb. unter Nr. 830 zur weiteren Beförderung an die Geschäftsstelle d. Bl.

Moderne

Mass-Anzüge

Mk. 45, 50, 55, 60, 65, 70.

Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung.

J. Hertenstein

Inh. **F. Kuch**

Herrenstrasse 25.

Lebensbedürfnis-Verein

Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Nachdem die am 10. März ds. Js. vorgenommene Wahl zur Erneuerung in den Aufsichtsrat als ungiltig erklärt werden mußte, werden die verehrlichen Mitglieder behufs Wiederholung derselben zu der am

Donnerstag, den 23. März d. J., abends 8 Uhr,

im **großen Saale der Gesellschaft „Eintracht"** stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

Wahl zur Erneuerung des Aufsichtsrats.

Der Eintritt ist nur den Vereinsmitgliedern gegen Vorzeigung der in ihrem Besitze befindlichen 1911er grauen Legitimationskarte gestattet.

Für die selbständigen Hausfrauen ist die Galerie vorbehalten.

Karlsruhe, den 15. März 1911.

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe.

K. Kirsch,

Vorsitzender.

Städt. Vierordtbad

Schwimmbad.

Für Damen und Mädchen geöffnet: „Werktags vormittags 9—11 Uhr und nachmittags 1/2 3 - 1/2 5 Uhr sowie Freitags von 6—1/2 8 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags."

Für Herren und Knaben geöffnet: „Werktags vormittags 8—9 und 11—1 Uhr, nachmittag 1/2 5—8 Uhr. Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags 1/2 3—9 Uhr und Sonntags vormittags 8—12 Uhr."

Neue Vordrucke! Neue Vordrucke!

Kirchliche Statistik für die Städte

(8seitig) 25 Stück Mk. 2.—

empfiehlt

„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe (Baden), Adlerstraße 42.

Residenz-Theater,

Waldstrasse 30. — **Waldstrasse 30.**

Reichhaltiges, dezent gewähltes Programm für Groß und Klein

von Mittwoch, 15., Donnerstag, 16., Freitag, 17. März 1911.

Von 3—5 Uhr werden nur solche Bilder gezeigt wofür auch die Jugend Verständis zeigt.

Wanderung durch Ostitalien. Herrliche Naturaufnahme, packende Bilder, reizende Szenerien, Vicenza, Verona, Padua und andere welche sich durch prachtvolle, alte Bauten herrliche Fresken und Säulengänge sowie durch das Amphitheater auszeichnen.

Das Massen-Rendez-vous. Große Lachsalven hervorrufend.

Ein Mutterherz. Wunderbar schönes Tonbild.

Arizath, die Priesterin der Tanit. Historisches Drama aus der glanzvollen Römerzeit, großartig wiedergegeben durch erste Pariser Künstler. Prachtvoll kolorierter Film.

Müller als Jäger. Ueberaus komischer Film.

Die Bibel als Talisman. Dramatisch.

Zauberkünste. Trickfilm.

Wildfütterungen, welche in dem prachtvollen Wildpark Sr. Kgl Hoheit des Herzogs von Sachsen-Koburg und Gotha in Hinterris in Tirol, ebenso in dem Forstenrieder Park bei München, in welchem die Fütterung von Wildschweinen und einer Anzahl Wiesenten, welche in die Kategorie der Büffel gehören und einzig existierende Herde Deutschlands sind, in dem Jagdgebiet Sr Durchlaucht des Fürsten von und zu Pleß, Oberschlesien, aufgenommen wurden.

In den Pausen werden Lichtbilder vorgeführt von den allerletzten Ereignissen aus aller Welt.

Weißen Sonntag

Auf empfehle:

Gezierte Kerzen	von ℳ 1.50	bis ℳ 7.50
Kopfkränze	„ „ 0.50	„ „ 8.00
Kerzentücher	„ „ 0.18	„ „ 2.00

Ranken, Kommunionsträusschen, Schleifen, Rosenkränze in grösster Auswahl.

Magnifikate u. Kommunionandenken in allen Preislagen.

Rabattmarken. Gebrauchte Kerzen werden gratis frisch aufgeziert. **Billigste Preise.**

M. Walz Wwe., Karlsruhe, Marienstrasse 83, vis-à-vis der Liebfrauenkirche.

Jedes Knorr-Paket enthält einen Gutschein.

Knorr

Hafer-Flocken — Grünkern-Mehl — Hafermehl — Reismehl — Hahn-Maccaroni — Kätchen-Nudeln

---

Vordrucke für Religionsprüfungen.

Uebersichtstabellen über den Zustand der katholischen Schulen.
Schülerverzeichnisse.
Religionsprüfungsberichte (Pfarramt).
Religionsprüfungsankündigung der Erzbischöflichen Schulinspektion an Großh. Kreisschulvisitatur.
Religionsprüfungsabnahme der Erzbischöflichen Schulinspektion an Erzbischöfliches Pfarramt.
Bescheid der Erzbischöflichen Schulinspektion über die Religionsprüfung an Großh. Kreisschulvisitatur.
Bescheid der Erzbischöflichen Schulinspektion über die Religionsprüfung an das Erzbischöfliche Pfarramt.
Quittungen für Religionsprüfungs-Kommissäre.
Vorbericht zu den Religionsprüfungen an höheren Lehranstalten.
Stundenpläne für den Religionsunterricht.
Lektionspläne für die 2-, 4-, 6- und 8klassige Volksschule (10 Pfg.)
Lehrplan für den katholischen Religionsunterricht Stück 20 Pfg.

empfiehlt

„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe (Baden), Adlerstraße 42.

Unterricht in Mandoline

erteilt Dilettant in den Abendstunden gegen ganz mäßige Vergütung.

Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Laden

in guter Geschäftslage (Kaiserstraße 145, Eingang Lammstraße) mit Zentralheizung, 120 qm groß, ist auf **1. April 1911** zu **vermieten.**

Angebote wollen alsbald unter Angabe des Mietpreises und der Mietdauer beim städt. Hochbauamt, Rathaus, Zimmer 108 eingereicht werden, woselbst auch nähere Auskunft erteilt wird.

Maschinenschriftliche Vervielfältigungen aller Art.

Hans Dinger

Karlsruhe i. B. Wielandtstr. 16.

Uebernahme aller sonst vorkommenden maschinenschriftl. Arbeiten. — Lieferung nach auswärts. — Muster und Preisangebote zu Diensten. Verschwiegenheit sicher. Die Preise sind billigst. Anfertigung schnellstens. Ausführung peinlich gewissenhaft und sauber.